

Pressemitteilung

Zum Internationalen Gedenktag für verstorbene Drogengebrauchende am 21. Juli 2026

„Verändern, um Leben zu retten!“

Der JES Bundesverband fordert entschlossenes Handeln für eine humane und evidenzbasierte Drogenpolitik!

Am 21. Juli wird bundesweit der Menschen gedacht, die an den Folgen des Konsums illegalisierter Substanzen, an Überdosierungen oder an den sozialen Folgen der Drogenprohibition verstorben sind. Der Internationale Gedenktag für verstorbene Drogengebrauchende erinnert an Freundinnen, Angehörige und Wegbegleiterinnen – und mahnt zugleich Politik und Gesellschaft, endlich konsequent zu handeln.

Zweithöchste Zahl verstorbener Drogengebraucher*innen

Im Jahr 2025 verloren 2.150 Menschen in Deutschland aufgrund des Konsums psychoaktiver Substanzen ihr Leben. Angesichts der bekannten Risikofaktoren und wirksamen Präventionsansätze wäre ein großer Teil dieser Todesfälle vermeidbar gewesen. Gleichwohl mangelt es weiterhin an konsequenten politischen Maßnahmen zur Verbesserung der Situation.

Jeder Drogentodesfall ist einer zu viel. Hinter jeder Zahl steht ein Mensch mit einer eigenen Geschichte, Hoffnungen und Beziehungen. Viele dieser Todesfälle wären vermeidbar gewesen.

Der JES Bundesverband erinnert deshalb nicht nur an die Verstorbenen, sondern fordert eine Drogenpolitik, die den Schutz von Leben und Gesundheit konsequent in den Mittelpunkt stellt.

Fortschritte anerkennen – den Wandel fortsetzen

In den vergangenen Jahren wurden wichtige Schritte eingeleitet. Die Teil-Entkriminalisierung von Cannabis, die Einführung von Drug-Checking-Angeboten in mehreren Bundesländern, die stärkere Verbreitung von Naloxon sowie die politische Diskussion über Schadensminderung zeigen, dass Veränderungen möglich sind. Diese Entwicklungen sind wichtige Signale und belegen, dass sich Drogenpolitik zunehmend an wissenschaftlichen Erkenntnissen orientiert.

Neue Risiken, alte Probleme

Doch diese Erfolge reichen nicht aus. Die Zahl der drogenbedingten Todesfälle bleibt auf einem alarmierend hohen Niveau. Gleichzeitig verschlimmern synthetische Opioide, der zunehmende Crackkonsum, Wohnungslosigkeit und soziale Ausgrenzung die Situation vieler Konsument*innen dramatisch.

Menschen schützen statt bestrafen

Noch immer erschweren Kriminalisierung, Stigmatisierung und Ausgrenzung den Zugang zu medizinischer Versorgung und sozialen Hilfen. Wer Angst vor Strafverfolgung oder Diskriminierung haben muss, sucht Hilfe häufig erst dann, wenn es bereits zu spät ist. Eine moderne Drogenpolitik muss Menschenleben schützen – nicht Konsument*innen bestrafen.

Der JES Bundesverband fordert deshalb:

- ❖ den Zugang zu Wohnraum, denn Wohnen ist eine wesentliche Voraussetzung für Gesundheit, Stabilität und gesellschaftliche Teilhabe
- ❖ die konsequente Entkriminalisierung von Menschen, die Drogen konsumieren
- ❖ den flächendeckenden Ausbau von Drug-Checking-Angeboten
- ❖ eine wohnortnahe und niedrigschwellige Substitutionsbehandlung ohne unnötige Zugangshürden
- ❖ den Ausbau von Drogenkonsumräumen und aufsuchender Suchthilfe
- ❖ eine bundesweite Versorgung mit Naloxon zur Verhinderung tödlicher Überdosierungen
- ❖ Frühwarnsysteme und schnelle Informationswege bei gefährlichen synthetischen Opioiden
- ❖ den Ausbau medizinischer und psychosozialer Versorgung
- ❖ sowie die sichere und langfristige Finanzierung der Suchthilfe
- ❖ Gedenken verpflichtet zum Handeln

Der Gedenktag ist weit mehr als ein Tag der Trauer. Er macht sichtbar, dass hinter den Statistiken Menschen stehen, deren Tod häufig vermeidbar gewesen wäre. Er erinnert daran, dass eine humane Drogenpolitik Leben retten kann.

Der JES Bundesverband ruft Politik, Fachpraxis und Gesellschaft dazu auf, den begonnenen Wandel konsequent und weniger zaghaft fortzuführen. Notwendig sind wissenschaftlich fundierte Entscheidungen, der Ausbau bewährter Maßnahmen der Schadensminderung und die konsequente Einbeziehung von Menschen mit Drogenerfahrung in politische Entscheidungen.

Verändern, um Leben zu retten ist deshalb nicht nur das Motto des diesjährigen Gedenktages – es ist ein politischer Auftrag.

Nur wenn Gesundheit, Menschenwürde und Teilhabe das Handeln bestimmen, werden künftig weniger Menschen an den Folgen von Drogenkonsum und Drogenpolitik sterben.

Kontakt für Rückfragen:

Thekla Andresen

Bundesvorstand JES Bundesverband e. V.

Tel.: +49 01520 414 39 28

E-Mail: vorstand@jes-bundesverband.de

